



**MINISTÈRE
DE L'EUROPE
ET DES AFFAIRES
ÉTRANGÈRES**

*Liberté
Égalité
Fraternité*

DIRECTION GÉNÉRALE DE L'ADMINISTRATION
ET DE LA MODERNISATION

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

Sous-direction de la politique des ressources humaines

Bureau des concours et examens professionnels

CONCOURS EXTERNE POUR L'ACCÈS À L'EMPLOI DE TRADUCTEUR AU TITRE DE L'ANNÉE 2023

ÉPREUVES ÉCRITES D'ADMISSIBILITÉ

Lundi 6 février 2023

Combinaison linguistique 6

A : français – B : allemand – C : terminologie

NOTE DE SYNTHÈSE

*Rédaction en langue A d'une note de synthèse
à partir d'un dossier constitué de textes à caractère politique ou économique se rapportant à des faits
contemporains, rédigés en langue B.*

(750 mots avec une tolérance de plus ou moins 10%)

Durée totale de l'épreuve : 4 h 00

Coefficient : 5

Toute note inférieure à 8 sur 20 est éliminatoire.

L'usage du dictionnaire est interdit

SUJET

Ce dossier comporte 17 pages (page de garde et sommaire non compris)

À l'aide du dossier ci-joint, présentez les aspirations des Reichsbürger
et exposez les implications du mouvement pour les pays germanophones

SOMMAIRE

Document 1 - Marco Buschmann, Tweet, 7.12.2022

Document 2 - *Das ist bislang über die „Reichsbürger“-Verschwörung bekannt*, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2022

Document 3 - *„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“: Begriff und Erscheinungsformen*, Bundesamt für Verfassungsschutz (Internetseite), 2022

Document 4 - *„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“: Handlungsempfehlungen für den Behördenalltag*, Bundesamt für Verfassungsschutz (Broschüre), Mai 2019

Document 5 - *Wehrbeauftragte verlangt hartes Durchgreifen gegen Rechtsextreme in der Bundeswehr*, Spiegel Politik, 13.12.2022

Document 6 - *„Sehr schlimmer Vorfall“ – Scholz äußert sich zur Festnahme der Ex-AfD-Abgeordneten*, Die Welt, 9.12.2022

Document 7 - *Reichsbürger: Ist ein Umsturz in Deutschland denkbar?*, Focus, 11.12.2022

Document 8 - *Die österreichischen Freunde der deutschen Reichsbürger*, Der Standard, 8.12.2022

Document 9 - *Reichsbürger in der Schweiz - Staatsverweigerer – eine Gefahr für die Demokratie*, Schweizer Radio und Fernsehen, 10.12.2022

Document 1 :



Marco Buschmann ✓
@MarcoBuschmann

...

Daten und Fakten zur heutige Anti-Terror **#Razzia**:
Es wurden insgesamt 25 Haftbefehle gegen 22 mutmaßliche Mitglieder und 3 Unterstützer einer rechtsterroristischen Vereinigung aus dem Milieu der **#Reichsbürger** vollstreckt. Ermittelt wird gegen weitere 27 Beschuldigte. (1/3)

[Translate Tweet](#)

1:31 PM · Dec 7, 2022

101 Retweets 32 Quote Tweets 673 Likes



Tweet your reply

Reply



Marco Buschmann ✓ @MarcoBuschmann · Dec 7

...

Replying to @MarcoBuschmann

Sie stehen in Verdacht, unter Anwendung von Gewalt und unter Inkaufnahme von Toten, den "Deep State" der Bundesrepublik zu beseitigen und selber die Staatsmacht an sich zu reißen. Geplant war unter anderem, sich bewaffnet Zugang zum Bundestag zu verschaffen. (2/3)

82

30

262



Marco Buschmann ✓ @MarcoBuschmann · Dec 7

...

Natürlich gibt es viele Wichtiguer, die nach Alkoholgenuss wirre Geschichten erzählen. Hier aber lagen so starke Verdachtsmomente vor, dass die Gruppe gewaltsam zur Tat schreiten wollte, dass der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof die Ermittlungsmaßnahmen angeordnet hat.

Relevant people



Marco Buschmann ✓
@MarcoBuschmann

Follow

Bundesminister der Justiz • Mitglied des Deutschen Bundestags • Es twittern Marco Buschmann und Team Buschmann (TB)

Document 2 :

Das ist bislang über die „Reichsbürger“-Verschwörung bekannt

Die aufgefliegene Terrorgruppe der „Reichsbürger“ hat alles zu bieten: Umsturzpläne, Waffen vom Jagdgewehr bis zur Armbrust, einen Starkoch, erfahrene Veteranen, Geld und Gold. Ein Überblick.

Lange gingen Sicherheitsbehörden davon aus, dass die „Reichsbürger“-Szene wenig organisiert sei. Die mutmaßliche Terrorgruppe zeigt ein anderes Bild. Was wir bislang über ihre Pläne wissen:

Unter den Verschwörern sind Leute sehr verschiedener Herkunft und Berufstätigkeit, sie haben enge Verbindungen. Auffällig ist, dass bekannte Mitglieder älter als 50, 60 oder gar 70 sind, viele sind in der „Querdenker“-Szene der Impfgegner aktiv gewesen. Besondere Aufmerksamkeit hat der 71 Jahre alte Heinrich XIII. Prinz Reuß gefunden, der nach dem Putsch als Staatsoberhaupt vorgesehen war.

Reuß war nach einem Auftritt bei einem Forum in Zürich vor drei Jahren zum Star der Szene geworden. Er verbreitet die für „Reichsbürger“ grundlegende Theorie, dass Deutschland kein souveräner Staat ist und über keine Verfassung verfügt, das Deutsche Reich also weiter existiert. Reuß suchte Kontakt mit offiziellen russischen Stellen, so im Generalkonsulat in Leipzig. Dabei half ihm seine Lebensgefährtin, die Russin Vitalia B., die als Unterstützerin ebenfalls verhaftet wurde.

Im Blickpunkt ist zudem die 58 Jahre alte ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann, die als Richterin am Landgericht in Berlin tätig war. [...]. Zahlreiche Mitglieder der mutmaßlichen Terrorgruppe kommen aus der vermeintlich bürgerlichen Mitte der Gesellschaft = [...].

Soldaten und Polizisten

Besonders alarmiert hat die Sicherheitsbehörden, dass es eine größere Zahl von ehemaligen Soldaten und Polizisten in der Gruppe gibt, die zur Machtergreifung offenbar eine „Neue deutsche Armee“ gründen wollten. Militärführer der Gruppe soll der 69 Jahre alte Rüdiger von P. sein, ein ehemaliger Fallschirmjäger. Er war in den Neunzigerjahren Kommandeur eines Fallschirmjägerbataillons der Luftlandebrigade 25*. P. entwendete in dieser Zeit Waffen der Nationalen Volksarmee der DDR. Von 165 Gewehren und Pistolen soll nur ein knappes Dutzend wieder aufgetaucht sein. 1999 wurde P. wegen des Waffendiebstahls zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt und aus der Bundeswehr ausgeschlossen.

Besonders schillernd ist das frühere Mitglied der Spezialeinheit KSK Peter W. Bei der Durchsuchung seines Hauses fanden Beamte im April eine Pistole und Munition. W., der Überlebenstrainings in Deutschland und Norwegen anbietet, und dabei auch mal eine Ratte verspeist, hat in Youtube-Videos von einem Umsturz gesprochen. Peter W. soll Kontakt zu den „Vereinten Patrioten“ haben, einer Gruppe, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) entführen wollte. Nach dem Waffenfund soll Peter W. von den Sicherheitsbehörden überwacht worden sein, dadurch fiel die Verbindung zur „Reichsbürger“-Szene auf. [...]

Die Ziele

Die Gruppe, die offenbar keinen Namen hatte, aber mitunter als „Patriotische Union“ bezeichnet wird, bildete einen „Rat“, der nach dem Staatsstreich als Übergangsregierung tätig sein sollte. Neuer Reichsführer sollte Heinrich XIII. Prinz Reuß werden, auf dessen Schloss in Bad Lobenstein in Thüringen der „Rat“ mehrmals tagte. Malsack-Winkemann war in der Schattenregierung als Justizministerin vorgesehen, Rechtsanwalt Tim Paul G. als

Außenminister, Tenor René R. als Kulturminister, Ärztin Melanie R. als Gesundheitsministerin, und „Astrologin“ Ruth L. sollte für „Transkommunikation“ zuständig sein.[...]

Putschpläne

Für den Staatsstreich sollten 286 „Heimatschutzkompanien“ gebildet werden. Sie hätten im Falle eines Putsches Gegner des neuen Regimes „festnehmen und exekutieren“ sollen, berichtete die Abgeordnete Clara Bünger (Die Linke). In der Gruppe gab es Pläne, in das Reichstagsgebäude einzudringen, Bundestagsabgeordnete zu verhaften, in Handschellen abzuführen und sie für ihr Handeln in der Pandemie abzuurteilen.

Diese Aktion sollte offenbar zu Unruhen führen, die dann in einen Putsch gegen die Demokratie münden sollten. Angeblich gab es Pläne für Termine im März und im September, im Bundestag zuzuschlagen. Doch verwirklicht wurden sie nicht, möglicherweise weil die Vorbereitungen als unzureichend empfunden wurden.

In den Sitzungen des Bundestages teilten die Sicherheitsbehörden mit, dass die Pläne für ein gewaltsames Eindringen in den Bundestag noch nicht konkret gewesen seien. Deswegen habe der Ermittlungsrichter die Haftbefehle auch nicht auf die Pläne stützen wollen, das Parlament zu stürmen. Auch für den Einsatz der geplanten Heimatschutzkompanien habe es keine konkreten Pläne gegeben. Unmittelbare Aktionen, so berichtete ein Unionsabgeordneter aus der Sitzung des Innenausschusses, seien offenbar nicht geplant gewesen. Zugleich sei jedoch deutlich geworden, dass es ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft der Verschwörer gegeben habe. An der Ernsthaftigkeit der Vorgänge äußerten Abgeordnete von Regierung und Opposition keinerlei Zweifel.

Waffen und militärische Planungen

Was die Abgeordneten zum Stand der militärischen Vorbereitungen erzählt bekamen, klang nicht danach, dass schon eine ernsthafte militärische Einheit gebildet worden war. Der militärische Arm der Verschwörer sei eher ein „Ärmchen“ gewesen. Es war von acht Personen die Rede, die als militärische Akteure bezeichnet werden könnten.

Die mehr als 280 geplanten Heimatschutzkompanien gebe es bislang vor allem am Reißbrett, hieß es. Von „reinen Fantasien“ war die Rede. Konkrete Vorbereitungen für eine Kompanie habe es erst in zwei Fällen gegeben, berichtete ein Abgeordneter der F.A.Z., ein anderer sprach von dreien. Bestätigt wurde, dass es ein Schießtraining auf einer Schießanlage gegeben habe.

Übereinstimmend wurde berichtet, dass bei der „Reichsbürger“-Gruppe mehr als 90 Waffen gefunden worden seien. Darunter seien 25 sogenannte Langwaffen gewesen, also Gewehre, jedoch keine halbautomatischen Waffen, sondern Jagdgewehre. Zudem sei man auf Handfeuerwaffen gestoßen, ebenso auf Messer, Dolche und Armbrüste. In manchen Fällen prüft das Bundeskriminalamt noch, ob es die entsprechende Waffenerlaubnis gab. Die Behörden gehen zudem davon aus, dass es weitere Waffenlager gibt.

Geld

Die Gruppe hatte gewisse finanzielle Mittel zur Verfügung, wie die Sicherheitsbehörden berichten. So sollen 190.000 Euro Barvermögen gefunden worden sein, zusätzlich „Edelmetalle“. Es ist von einem Gesamtwert von 400.000 Euro die Rede.

Document 3 :

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“: Begriff und Erscheinungsformen.

Erscheinungsformen

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.

Beispiel: „Königreich Deutschland“

Die Gruppierung „Königreich Deutschland“ (KRD) wurde laut „Gründungsurkunde“ im September 2012 in Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) gegründet. Das KRD versteht sich als „völkerrechtskonformer neuer deutscher Staat“. Der der Gruppierung vorstehende selbsternannte „König von Deutschland“ bewirbt das KRD dahingehend, dass man in seinem „Königreich“ keine Steuern zahlen müsse. Diese Behauptung ist deshalb irreführend, da der Beitritt zum KRD nicht von einer Steuerabgabepflicht in der Bundesrepublik Deutschland befreit.

Das KRD betreibt unter anderem sogenannte „Gemeinwohlfassen“ (GK). Ihrem Internetauftritt zufolge steht die GK für ein „neues, dauerhaft stabiles, unabhängiges und zinsfreies Geld- und Finanzwesen zum Wohle der Menschen“. Mithilfe einer „Rendite bringenden Beteiligung“ würden Anleger Projekte des KRD im Sinne des „Gemeinwohls“ fördern. Den einzahlenden „Bankkunden“ wird aber kein Rückzahlungsanspruch gewährt, weshalb finanzielle Benachteiligungen für die Betroffenen zu befürchten sind.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) untersagte den Betreibern der „Gemeinwohlfassen“ im Jahr 2021 die Anbahnung, den Abschluss und die Abwicklung der Bank- und Versicherungsgeschäfte.

Anfang des Jahres 2022 konnte das KRD zwei Anwesen in Sachsen erwerben. Die Gruppierung beabsichtigt dort autarke Strukturen zu errichten und ein eigenverwaltetes „Staatsgebiet“ entstehen zu lassen.[...]

Innerhalb der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist nur ein kleinerer Teil dem Rechtsextremismus zuzurechnen; rechtsextremistische Ideologieelemente sind bei der Mehrheit der Szeneangehörigen nur gering ausgeprägt. Dessen ungeachtet begünstigen die verschwörungstheoretischen Grundzüge in der Argumentation des Personenspektrums eine Anschlussfähigkeit an antisemitische Erklärungsmuster, die auch im Phänomenbereich Rechtsextremismus eine wichtige Rolle spielen. Die Bandbreite antisemitischer Einstellungen und Äußerungen unter „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ reicht dabei von Schuldzuweisungen Einzelner, die „die Juden“ für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich machen, über offen antisemitische sowie durch Codes und Chiffren transportierte Verschwörungstheorien, wonach zum Beispiel der Erste Weltkrieg von „den Juden“ geplant worden sei, bis hin zur Leugnung des Holocaust.

Im Kern der Ideologie der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ steht jedoch die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung.

Eine trennscharfe Unterscheidung zwischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ist schwierig: „Reichsbürger“ berufen sich hinsichtlich des Staatsgebiets und des Rechtsstandes auf ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ und lehnen deshalb die Bundesrepublik Deutschland ab. „Selbstverwalter“ hingegen nehmen für sich in Anspruch, aus dem Staat „austreten“ zu können, und reklamieren dabei für sich rechtliche und territoriale Autonomie. Es existieren auch Mischformen.

Strategien

Insgesamt nutzt die Szene vielfältige Vorgehensweisen, um ihre Ansichten zu verbreiten, eigene Interessen durchzusetzen und staatliches Handeln zu erschweren. Ihr Vorgehen ist regelmäßig von bewussten Provokationen geprägt.

Um behördliche und rechtsstaatliche Abläufe zu stören, richten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ etwa oftmals seitenlange Schreiben an staatliche Stellen und suchen die Konfrontation mit diesen. Die darin enthaltenen Ausführungen reichen von der einfachen Ablehnung behördlichen Handelns bis hin zu Erpressungen, Beleidigungen oder Nötigungen, teilweise mit erheblichen Gewaltandrohungen.

Vielfach werden auch Ausweisdokumente der Bundesrepublik Deutschland als unwirksam abgelehnt. Teile des Spektrums propagieren stattdessen die Beantragung des in der Szene als „Gelber Schein“ bezeichneten Staatsangehörigkeitsausweises. Hierbei handelt es sich um ein amtliches Dokument der Bundesrepublik Deutschland, mit dem der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit dokumentiert wird, wobei den Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit in der Regel im Ausland lebende Personen stellen, bei denen aus historischen oder persönlichen Gründen zweifelhaft ist, ob sie deutsche Staatsangehörige sind.

Auf der anderen Seite hat die Herstellung und der Vertrieb von eigenen Fantasiedokumenten sowie das Verändern von Kfz-Kennzeichen - als Ausdruck der bewussten Lossagung vom deutschen Staat nach außen - unter „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ eine weite Verbreitung gefunden.

Beispiel: „Geeinte deutsche Völker und Stämme“

Ein Beispiel für die strategische Ausrichtung und das Gefährdungspotenzial der Szene stellt die Gruppierung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt) dar, die gemeinsam mit ihrer Teilorganisation „Osnabrücker Landmark“ am 19. März 2020 durch den damaligen Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat als erste Vereinigung aus dem Spektrum der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ auf Bundesebene verboten und aufgelöst wurde. Das bestandskräftige Verbot wurde mit schweren Verstößen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus begründet.

Die GdVuSt fiel in den Jahren zuvor durch zahlreiche, unter anderem an Behörden und Ämter gerichtete Schreiben mit aggressiver Ausdrucksweise und teils drastischen Drohungen auf. Diese umfassten etwa die „Inhaftierungen“ der Adressaten oder die Erhebung hoher „Strafgebühren“. So kündigte ein Mitglied der Vereinigung in einem Schreiben an das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf in Berlin etwa die „Eigentumsübernahme“ des Rathauses Steglitz an. [...] Die GdVuSt leugnete zudem die Legitimität der als „Handelskonstrukt“ bezeichneten Bundesrepublik Deutschland und strebte ein eigenes „naturstaatliches“ Rechtssystem an. Auch sind durch Veröffentlichungen der Vereinigung Grundrechtsverletzungen, insbesondere der Menschenwürde, verbrieft.

Trotz des Verbots setzen die GdVuSt ihre Aktivitäten fort. Die maßgebliche Funktionärin der Vereinigung bietet weiterhin kostenpflichtige Seminare und Vortragsveranstaltungen an.

[...]

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ beteiligen sich auch an den vielfältigen Protesten und Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, ohne jedoch dabei prägend in Erscheinung zu treten. Die Pandemie wird durch Angehörige der Szene fortwährend zur Verbreitung ihrer Propaganda und Desinformation auch im Internet genutzt. Staatliche Maßnahmen – auch ohne Bezug zur Coronapandemie – werden im Spektrum häufig als unrechtmäßig dargestellt.

Gewalt und Militanz

Das Gefährdungspotenzial durch die Waffenaffinität in der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ besteht weiterhin. Die teils erheblichen Waffenfunde im Zuge von Exekutivmaßnahmen belegen diese Neigung.

Die Sicherheitsbehörden sind deshalb bestrebt, auf den Entzug sämtlicher waffenrechtlicher Erlaubnisse bei Szeneangehörigen hinzuwirken bzw. zu verhindern, dass eine solche überhaupt erst bewilligt wird. Mitunter ist auch mit illegaler Bewaffnung von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zu rechnen.

Das verworrene Weltbild vieler „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ und die Renitenz, mit der daran festgehalten wird, führt nicht selten dazu, dass als „illegitim“ empfundene Exekutivmaßnahmen gegen Szeneangehörige eine Abwehrhaltung provozieren, die sich in Aggressionen und Gefahrensituationen bis hin zu schwersten Gewalttaten manifestieren kann. Der nicht unerhebliche Anteil von Widerstandsdelikten an den durch Szeneangehörige verübten Straftaten belegt dieses Potenzial. Lässt sich im Nachgang von staatlichen Maßnahmen bei betroffenen Personen teilweise eine vorübergehende Zurückhaltung feststellen, so findet eine dauerhafte Lossagung von der Szene zumeist nicht statt.

Document 4 :

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“: Handlungsempfehlungen für den Behördenalltag

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lehnen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Rechtsordnung ab. Nachfolgend werden typische Argumentationsmuster und Aktivitäten Szeneangehöriger dargestellt sowie Handlungsempfehlungen zum Umgang mit ihnen gegeben.

Typische Argumentationsmuster

Ihre skurrilen Anschauungen begründen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ durch völlig abwegige Argumente. Beispiele hierfür sind:

Behauptung: *Das „Deutsche Reich“ besteht fort und die Bundesrepublik Deutschland besitzt dadurch keine völkerrechtliche Legitimität und Souveränität.*

Richtigstellung: Manche „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ beziehen sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973, das sie jedoch falsch interpretieren. Der frühere deutsche Nationalstaat besteht mit einem veränderten Staatsgebiet in der Bundesrepublik Deutschland fort. In ständiger Rechtsprechung stellte das BVerfG fest, dass die Bundesrepublik Deutschland als Völkerrechtssubjekt mit dem „Deutschen Reich“ identisch ist.

Behauptung: *Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Firma oder ein „Handelskonstrukt“. Als Beleg hierfür verweisen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zum Beispiel auf die „Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH“. Alternativ wird behauptet, der Begriff „Personal“ auf dem Personalausweis kennzeichne den Inhaber als „Personal“ einer angeblichen „BRD-GmbH“.*

Richtigstellung: Bei der „Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH“ handelt es sich lediglich um einen Dienstleister im Besitz des Bundes. Das „Personal“ in „Personalausweis“ zeigt an, dass dort die „Personalien“ festgehalten sind, die die Identität einer Person bestätigen.

Behauptung: *Das „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ (RuStAG) besitzt weiterhin Gültigkeit, und zwar in der Fassung vom 22. Juli 1913. Viele „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ beantragen den Staatsangehörigkeitsausweis („Gelber Schein“) unter Berufung auf das RuStAG in der Fassung von 1913. Sie behaupten, nur so könne man sich die „volle Rechtsfähigkeit“ sichern.*

Richtigstellung: Rechtsgrundlage für die Beantragung eines Staatsangehörigkeitsausweises ist das aktuell gültige Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), das auf dem RuStAG beruht. Letzteres besitzt jedoch keine Gültigkeit mehr.

Behauptung: *Das Grundgesetz ist ungültig, da es nicht durch eine Volksabstimmung angenommen worden ist. Hierzu zitieren „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ Art. 146 Grundgesetz (GG).*

Richtigstellung: Der Artikel besagt nicht, dass es keine Verfassung in Deutschland gibt. Art. 146 GG räumt vielmehr die Möglichkeit ein, dass das Grundgesetz von einer anderen Verfassung abgelöst werden kann. Das BVerfG betont, dass das Grundgesetz die „deutsche Verfassung“ ist.

Behauptung: *Nach Art. 9 der UN-Resolution A/RES/56/83 dürfen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ eigene „Territorien“ errichten, in denen sie sich selbst verwalten.*

Richtigstellung: Bei der UN-Resolution handelt es sich um eine Empfehlung und nicht um bestehendes, rechtlich bindendes Völkervertragsrecht. Ein Eintritt in eine „Selbstverwaltung“ kann daraus nicht abgeleitet werden.

Insgesamt stützen sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ auf pseudojuristische und -historische, revisionistische sowie frei konstruierte Argumente, verdrehen Tatsachen, stellen Falschbehauptungen auf, verkürzen Zitate und vermeintliche Belege oder erfinden diese.

Klassische Aktivitäten

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ versuchen auf vielfältige Weise, ihre Anschauungen zu demonstrieren und zu verbreiten, staatliches Handeln zu verhindern sowie eigene Interessen durchzusetzen. Teilweise sollen der Behördenbetrieb lahmgelegt sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschüchtert werden. Beispiele hierfür sind:

- „Vielschreiberei“: Versand von pseudojuristisch verfassten Schreiben, fiktiven „Urteilen“, „Erlassen“, „Anordnungen“, „Bescheiden“ oder „Verfügungen“ an Behörden; persönliche oder telefonische Konfrontation, wobei Gespräche teilweise aufgezeichnet und online veröffentlicht werden.
- Vernichtung oder Rückgabe von Ausweisdokumenten; Um- und Abmeldungen ohne tatsächlich den Wohnort zu wechseln; rechtswidrige Beanspruchung hoheitlicher Rechte und Aufgaben wie Erstellung und Vertrieb von Fantasiedokumenten; missbräuchliche Beantragung des Staatsangehörigkeitsausweises („Gelber Schein“).
- Entrichtung von Gebühren, Abgaben und Steuern wird verweigert; Widerstandshandlungen gegen staatliche Maßnahmen.
- Bedrohung, Beleidigung und Nötigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern staatlicher Stellen; Störung von Gerichtsverhandlungen; unberechtigte Geldforderungen, die von einem maltesischen Inkassounternehmen eingetrieben werden sollen („Malta-Masche“).
- Gründung von Fantasiestaaten – etwaige Grenzziehungen werden teilweise (sogar mit Waffengewalt) verteidigt.
- Stammtische; „Rechtsberatungen“; Szeneschulungen; Veröffentlichung von Informationen.

Handlungsempfehlungen

In sämtlichen öffentlichen Einrichtungen kann es zu Berührungspunkten mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ kommen. Der Umgang mit ihnen gilt als schwierig.

Folgende Hinweise können deshalb hilfreich sein:

-> Lassen Sie sich nicht auf Diskussionen mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ein. Diese sind zumeist zwecklos, da Szeneangehörige vor allem Verwirrung stiften und staatliches Handeln erschweren wollen.

-> Setzen Sie schnell und konsequent rechtlich gebotenes Handeln durch. Strafrechtliches Verhalten sollte den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden. Weitere Hinweise teilen Sie bitte den Verfassungsschutzbehörden mit.

-> Reagieren Sie nicht auf „Erlasse“, „Bescheide“, „Anordnungen“ oder „Verfügungen“ von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ – auch dann nicht, wenn durch die Schreiben (rechtlich nicht bindende) Fristen o. ä. gesetzt werden. Für „Erklärungen“ und „Proklamationen“ empfiehlt sich der gleiche Umgang.

-> Beschränken Sie Ihren Schriftverkehr mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ auf ein absolutes Mindestmaß. Schriftsätze, die die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik

Deutschland verneinen oder Ihnen die Legitimation für Ihr behördliches Handeln aberkennen, sind als unbegründet zurückzuweisen.

-> **Beglaubigen Sie keine „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“-Schriftstücke**, in denen sich die Szeneangehörigen beispielsweise „lebend erklären“, eine „Selbstverwaltung“ ausgerufen oder die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird.

-> **Nutzen Sie jede Ahndungsmöglichkeit entsprechend Ihrer rechtlichen Kompetenz** bei der Verweigerung der Zahlung von Steuern, Gebühren, Abgaben oder Bußgeldern.

-> **Treffen Sie Vorkehrungen zur Eigensicherung** – vor allem im Zusammenhang mit staatlichen (Zwangs-) Maßnahmen im Außendienst. Wenden Sie sich gegebenenfalls unterstützend an die Polizeibehörden vor Ort.

-> **Entziehen Sie „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ihre waffenrechtlichen Erlaubnisse nach Durchführung der erforderlichen Einzelfallprüfung**. Szeneangehörige verfügen grundsätzlich nicht über die erforderliche Zuverlässigkeit.

Document 5 :

Wehrbeauftragte verlangt hartes Durchgreifen gegen Rechtsextreme in der Bundeswehr

Infolge der Razzien gegen eine mutmaßliche Terrorzelle rücken auch rechtsextreme Soldaten in den Fokus. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung hält »Reichsbürger« einer Umfrage zufolge für eine ernste Gefahr.

Bei den bundesweiten Razzien wegen des Terrorverdachts gegen Teile der »Reichsbürger«-Szene rückten auch aktive und ehemalige Soldaten in den Fokus der Ermittler. Die Wehrbeauftragte des Bundestags mahnt nun zu mehr Tempo und Ehrgeiz im Kampf gegen Rechtsextremismus in der Bundeswehr. »Verstöße müssen konsequent dienstrechtlich und strafrechtlich verfolgt und geahndet werden. Das muss zügig geschehen«, sagte die SPD-Politikerin Eva Högl dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Högl sagte, die Prozesse gegen mutmaßlich extremistische Soldaten seien zu langwierig: »Momentan dauern die Verfahren viel zu lang, bei den Truppendienstgerichten oft jahrelang. Rund ein Viertel der Richterstellen ist seit Jahren nicht besetzt.« Und auch die Wehrdisziplinaranwaltschaft, die die Verfahren führt, müsse mehr Personal bekommen. Außerdem steht nach ihren Worten immer noch eine Änderung des Soldatengesetzes aus mit dem Ziel, eine Entlassung von Zeitsoldaten künftig auch nach mehr als vier Jahren zu ermöglichen.

Frühere Offiziere festgenommen

Die Bundesanwaltschaft hatte am Mittwoch 25 Menschen festnehmen lassen, darunter frühere Offiziere und Polizeibeamte. 22 der Festgenommenen wirft sie vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, die das politische System stürzen wollte. Drei Festgenommene gelten als Unterstützer. Die 23 in Deutschland festgenommenen Beschuldigten sind in Untersuchungshaft.

Vertreter des Bundeskriminalamts, der Bundesanwaltschaft und des Verfassungsschutzes informierten am Montag Abgeordnete des Bundestags in mehreren Ausschüssen in Berlin über den Stand des Verfahrens gegen die mutmaßliche Terrorgruppe. Nach Angaben von Teilnehmerinnen und Teilnehmern trugen die Ermittler dort auch eine neue Zwischenbilanz vor, was sie bei der Razzia alles gefunden haben. Demnach konnten die Fahnder rund 90 Waffen sicherstellen, darunter Pistolen und Gewehre, Armbrüste, Messer und Macheten. Wie viele der Waffen illegal in den Händen der Verdächtigen waren, blieb bislang unklar.

Entdeckt wurde auch eine sechsstellige Summe an Bargeld. Außerdem soll ein Hinweis auf ein Schließfach in der Schweiz aufgetaucht sein, in dem 120 Goldbarren lagern – im Wert von rund sechs Millionen Euro.

Bei der Antiterrorrazzia fanden die Fahnder weitere mögliche »Feindeslisten« mit Namen von Politikern. Nach SPIEGEL-Informationen wurde bei einem der Verhafteten, Marco v. H., 49, eine von Hand verfasste Liste mit Namen von zehn Politikern aus Baden-Württemberg gefunden. Vermerkt hatte er darauf laut den Erkenntnissen der Ermittler jeweils die Adressen der Wahlkreisbüros der Abgeordneten. Notiert hat sich das mutmaßliche Mitglied der »Reichsbürger«-Terrorgruppe demnach auch die Namen von mehreren Ärzten und eines Gerichtsvollziehers. Bei den Ärzten sollen jeweils die Adressen ihrer Praxis mit auf dem Zettel gestanden haben. Der genaue Zweck der Datensammlung ist bisher noch unklar.

Umfrage: Wie gefährlich sind die »Reichsbürger«?

Trotzdem hält ein Drittel der deutschen Bevölkerung die »Reichsbürger« für keine ernste Gefahr, wie aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov hervorgeht.

Etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung glaubt demnach, dass von sogenannten Reichsbürgern eine ernste Gefahr für die Demokratie und ihre Repräsentanten ausgeht, 53 Prozent der Umfrageteilnehmer vertraten diese Ansicht.

31 Prozent der Befragten sehen eine solche Gefahr nicht.

15 Prozent der Teilnehmer der repräsentativen Umfrage im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur äußerten sich zu der Frage unentschieden.

Document 6 :

„Sehr schlimmer Vorfall“ – Scholz äußert sich zur Festnahme der Ex-AfD-Abgeordneten

Nach der Großrazzia in der „Reichsbürger“-Szene ist auch eine beschuldigte Polizistin aus Nordrhein-Westfalen vom Dienst suspendiert worden. Olaf Scholz hat sich derweil zu der ehemaligen AfD-Abgeordneten geäußert, die verhaftet wurde. Mit klaren Worten.

Im Zusammenhang mit der Großrazzia in der „Reichsbürger“-Szene hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die mutmaßliche Beteiligung einer ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten mit scharfen Worten kommentiert. Dass unter den Beschuldigten eine ehemalige AfD-Abgeordnete des Deutschen Bundestages sei, „ist natürlich ein sehr bemerkenswerter und sehr schlimmer Vorfall“, sagte Scholz am Donnerstagabend nach den Beratungen mit den Länderchefs im Kanzleramt.

Scholz bezog sich dabei auf die Berliner Richterin und frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann, die im Zuge der am Mittwoch vollstreckten bundesweiten Razzia als Beschuldigte im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen worden war.

Scholz war zuvor nach den Konsequenzen gefragt worden, die aus diesem Ereignis gezogen werden müssten. „Klar ist, dass hier was los ist“, sagte Scholz. Es gehe bei den möglichen Konsequenzen nun aber um „autonome Entscheidungen der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, die jeweils auf rechtlicher Grundlage eine Abwägung vornehmen“, betonte Scholz. Das sei ein gutes Verfahren im Umgang mit den Geschehnissen.

Polizistin vom Dienst suspendiert

Ansonsten sei „die wichtigste Konsequenz, dass alle wissen, dass wir einen wehrhaften Staat haben, eine wehrhafte Demokratie sind, die solche Rechtsverletzungen und solche Planungen mit ihren Sicherheitsbehörden durchkreuzen kann und mit aller Kraft das zurückweisen kann“, betonte der Bundeskanzler.

Die Bundesanwaltschaft hatte am Mittwoch bei einem der größten Polizeieinsätze in der Geschichte der Bundesrepublik in elf Bundesländern sowie in Italien und Österreich 25 Menschen festnehmen lassen. 22 von ihnen wirft sie vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, die das politische System stürzen wollte. Bei den drei anderen geht es um Unterstützung. Bis auf eine Russin haben den Angaben zufolge alle die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Bundesanwaltschaft sprach zudem von 27 weiteren Beschuldigten. [...]

Document 7 :

Innere Sicherheit - Reichsbürger: Ist ein Umsturz in Deutschland denkbar?

Eine Großrazzia hat eine militante Gruppe der Reichsbürgerbewegung ausgehoben. Sie planen wohl den Umsturz. Wie realistisch ist ein solcher Staatsstreich?

Der Plan der 25 Festgenommenen und ihrer Dutzenden Unterstützer schien klar zu sein: „Die Vereinigung hat sich nach unseren Erkenntnissen zum Ziel gesetzt, die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unter Einsatz von Gewalt und militärischen Mitteln zu beseitigen“. So beschrieb Generalbundesanwalt Peter Frank die Gründe, die diese Woche zu einer Großrazzia gegen Anhänger der sogenannten Reichsbürger- und Querdenker-Bewegung führten.

Die freiheitliche-demokratische Grundordnung beseitigen – was bedeutet das? Das kann heißen: Politiker und Politikerinnen angreifen, den Bundestag stürmen, die Bundesregierung stürzen, die Justiz auflösen, das Militär an sich reißen. Ist so etwas in Deutschland mit seiner nun seit über 75 Jahren währenden Demokratie, mit einer Verfassung, mit festen Strukturen und Gewaltenteilung, überhaupt im Bereich des Möglichen?

„Der Staat ist wehrhaft, die absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht nur als Demokratinnen und Demokraten, sondern finden die Demokratie auch schützenswert“, sagt Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, der Deutschen Welle.

Und auch Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung, welche die Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus stärken will, bestätigt gegenüber der DW: „Ein wirklicher Staatsstreich kann in Deutschland kaum gelingen, dafür sind die staatliche Ordnung und die Verfassung zu gefestigt.“

Festgenommene keine verirrten Rechtsextremen

Und dennoch: Zick, Reinfrank und viele weitere Experten und Expertinnen warnen davor, die Festgenommenen und die dazugehörige militante Szene zu unterschätzen. Die Gruppe sei wahnsinnig gefährlich, warnt etwa der kriminalpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Sebastian Fiedler. Die Reichsbürger-Bewegung insgesamt sei fähig und willig, schwere Terroranschläge gegen den Staat zu verüben, sagt auch Terrorismus-Experte Peter R. Neumann.

Was macht die ausgehobene Gruppe konkret so gefährlich? Ein Grund ist ihre Zusammensetzung, ein anderer die Ideologie, die alle zusammenhält. Die 25 Personen, die mutmaßlich den Umsturz planen, gehören offenbar einem Sammelsurium an Extremisten an – es sind unter anderem Reichsbürger darunter und Querdenker gegen Corona-Maßnahmen.

Was sie eint: die Ablehnung des demokratischen Staats. Und: es sind keine gesellschaftlichen Randfiguren. Unter den Festgenommenen seien keine psychisch verirrten Rechtsextremen, so Zick. „Es sind in Teilen gebildete Gruppen, es sind Menschen, die einem Beruf nachgehen, die aus der Mitte in die Szene rücken und dort eine Parallelgesellschaft aufbauen können. Sie sind also in der Lage, ein geschlossenes Milieu über Jahre zu entwickeln mit Allianzen und Bündnissen zu anderen Gruppen.“

Gefahr für den Rechtsstaat

Unter den Festgenommenen ist eine Richterin, die für die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) im Bundestag saß, ehemalige Soldaten, Adelige und Ex-Mitglieder der Polizei. Menschen also, die über Kontakte verfügen, über Einblicke in demokratische

Institutionen und finanzielle Mittel. Einige kennen sich mit Waffen aus oder sind an ihnen trainiert. Bei der Razzia wurden mehrere Waffen sichergestellt.

Das macht die Festgenommenen und ihre Unterstützer zu einer Gefahr für den Rechtsstaat, auch wenn sie ihn schwerlich in die Knie zwingen können. „Es passiert kein Umsturz, aber es können Splitter der Ideologien in anderen Extremismus drängen wie auch in die Mitte“, so Zick.

Coronaproteste bringen Extremisten zusammen

Denn all diese Menschen verbindet ein gefährliches ideologisches Gebräu. Sie glauben teilweise an einen im verborgenen agierenden Staat im Staate und hängen antisemitischen Verschwörungen an. „Zentral ist dabei auch, dass die Ideologien vieler der Gruppen den Umsturz geradezu verlangen, denn sie erkennen die Regierungsform und die Demokratie im Kern nicht an“, analysiert Zick.

Gerade die Krise der Corona-Pandemie und die dazugehörigen Proteste haben zu einer Radikalisierung der Szene beigetragen, schlussfolgern viele Experten und Expertinnen. Einige Menschen hätten den Glauben an den demokratischen Staat verloren und seien empfänglich geworden für vermeintliche Freiheitskämpfe und der Errichtung eines alternativen Staates.

Neues Phänomen „Verschwörungsextremismus“

Reichsbürger etwa besetzten Themen wie Freiheit und Widerstand und drängen so in die Mitte der Gesellschaft vor: „Die Coronaproteste haben verschiedene Gruppen aus der bürgerlichen Mitte, dem Rechtspopulismus, dem Rechtsextremismus, verschwörungorientierten und anderen Milieus über Widerstands- und Freiheitsideologien zusammengebracht“, so Andreas Zick.

Der kriminalpolitische Sprecher der SPD, Sebastian Fiedler, empfiehlt, bei Querdenkern, Reichsbürgern und anderen Gruppen nicht mehr in „Schubladen zu denken“: „Es sind nicht alles Reichsbürger, es sind schon gar nicht klassische Rechtsextreme, sondern es ist etwas, was ich schon seit geraumer Zeit Verschwörungsextremismus nenne, in diesem Falle könnte man präziser sagen rechter Verschwörungsterrorismus“.

Noch keine Antwort auf Verschwörungsmythen

Und darauf haben Politik und Gesellschaft offenbar noch keine Antwort gefunden. Fiedler analysiert etwa, dass Staat und Politik mittlerweile ganz gut verstünden, wie Radikalisierung im Rechtsextremismus und im Islamismus funktioniere und hätten entsprechend Deradikalisierungsprogramme aufgesetzt. Aber im Umgang mit Verschwörungsmythen sei man noch nicht so weit. Auch Konfliktforscher Andreas Zick plädiert dafür, die verschiedenen Milieus genau zu analysieren und dann einen Präventionsplan zu entwickeln.

Und das scheint dringender denn je zu sein: gerade Krisen in einer komplexen Welt können Menschen wegdrängen von der Demokratie, die manchmal mühsam und kompliziert erscheinen kann, und hin zu den einfachen Erklärungen, mit denen Verschwörungsmythen locken. „Gerade der Extremismus wandelt sich und das gerade in Krisenzeiten“, sagt Zick. „Wir schauen immer nach der Masse an Menschen, aber es sind Kleingruppen wie Terrorzellen, die einen Staat instabil machen können.“

Document 8 :

Die österreichischen Freunde der deutschen Reichsbürger

2019 standen in Graz 14 Angehörige des staatsfeindlichen Staatenbundes vor Gericht, nach langjährigen Haftstrafen zog sich der Rest der Szene zurück – und tauchte auf Corona-Demos wieder auf

Nach der Großrazzia in mehreren deutschen Bundesländern, die auch in Österreich zu mindestens einer Verhaftung und mehreren Hausdurchsuchungen führte, fragen sich viele, was diese Szene eigentlich in Österreich so treibt. Denn was die Behörden in Deutschland aktuell unter "Reichsbürger und Selbstverwalter" subsummieren, kennt man auch in Österreich. Vor allem der "Staatenbund Österreich" mit seinen selbsternannten Staatenbündlern stand vor gar nicht allzu langer Zeit im Rampenlicht. Nämlich 2018 und 2019, als gegen Leitwölfe – und eine besonders bekannte Leitwölfin, die einst in der FPÖ aktiv war – ermittelt wurde. 14 Personen wurde wegen Hochverrats und der Bildung einer staatsfeindlichen Verbindung der Prozess in Graz gemacht.

Bizarre Truppe

Auch in Oberösterreich fiel schon ein, zwei Jahre zuvor eine bizarre Truppe auf, die sich Freeman nannte und hinter viel Esoterik und Verschwörungstheorien an einer demokratiefeindliche Organisation bastelte. 2017 schätzten die österreichischen Behörden die Aktiven aus der Szene noch auf 1.200 Anhängerinnen und Anhänger und immerhin 20.000 Sympathisanten, 2019, als langjährige Haftstrafen in Graz am Ende der Verhandlungen standen, schon von rund 2.700.

Bei den Gerichtsprozessen in Graz bekamen Prozessbeobachter Einblicke in eine komplett schräge Welt mit eigenen Dokumenten, selbstgebastelten Kfz-Kennzeichen und dem Fantasieren von Österreich als Firma, manche beriefen sich aufs "Seerecht", es wurden Dokumente wie "Authentizitätskarten", "Lebendmeldungen", "Kfz-Kennzeichen" samt "Zulassungsscheinen" sowie "Landbuch-Eintragungen" verkauft. Man lehnte die österreichischen Gesetze ab und berief sich stattdessen in verschwörungsideologischer Interpretation auf das Seerecht, das Handelsrecht und das sehr frei interpretierte Völkerrecht. Vom Bundesheer forderten die Staatenbündler, es solle regierende Politiker verhaften.

Gewaltdrohungen

Man erkannte die Souveränität der Republik Österreich nicht an und terrorisierte deren Beamtinnen und Beamten mit E-Mails und Gewaltandrohungen. Doch es gab auch Lob aus diesen demokratiefeindlichen Kreisen für eine demokratisch ins Parlament gewählte Partei: für die FPÖ. Seine Fans kann man sich ja angeblich nicht aussuchen. Nach den Urteilen mit mehrjährigen Haftstrafen wurde es vorübergehend ruhiger um die Szene. Die erwähnte Wortführerin der Staatenbündler wurde schließlich 2020 wegen versuchter Bestimmung zum Hochverrat und Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Auch in anderen Bundesländern gab es Schuldsprüche gegen Staatsverweigerinnen und Staatsverweigerer.

Doch mit der Pandemie fanden mit Gegnerinnen und Gegnern der Schutzmaßnahmen gegen das Virus auch bekannte Rechtsradikale und Staatsverweigerer den Weg auf die Straße. Eine Krise ist für Staatsverweigerer auch immer eine Chance. Eine Chance, die von ihnen verhasste Republik zu destabilisieren.

Unheilige Allianzen

Der Staat war wieder das Feindbild Nummer eins. Haarsträubende Verschwörungstheorien boomten. Während in Deutschland Reichsbürger bei einer Corona-Demo 2020 den "Sturm auf den Reichstag" probten, sprach auch der jetzige Kanzler und damalige Innenminister Karl Nehammer in Österreich 2021 die wachsende Bedrohung der unheiligen Allianzen, die auf Corona-Demos entstanden oder gestärkt würden, an. Im Jänner 2021 konnte die Stürmung der Parlamentsrampe von Corona-Demonstranten verhindert werden.

Mehre Waffenarsenale wurden in Österreich in den letzten beiden Jahren im rechtsextremen Milieu ausgehoben. Nehammer sprach von einer Gruppe, die genug Waffen gesammelt habe, um "die Republik in massive Krise zu stürzen".

Tag X

Nehammers Nachfolger im Innenministerium, Gerhard Karner, warnte, dass "Rechtsextreme, Hooligans, Staatsverweigerer" gemeinsam versuchten, "die Demos zu unterwandern und ihr Geschäft zu betreiben". Das zum Geschäft auch ein Sympathisieren mit einem Staatsstreich gehörte, konnte man auf einigen der Demos deutlich hören.

Und der Tag X, jener Tag, an dem sich jene aus dem rechtsextremen Lager zu einem Staatsstreich zusammenfinden würden, an dessen Beginn die "Eliminierung" der politischen Gegnerinnen und Gegner stehen solle, taucht auch in Kreisen von Staatsverweigerern immer wieder auf.

Document 9 :

Staatsverweigerer – eine Gefahr für die Demokratie

Die Zahl der Staatsverweigerer nimmt zu. Sie halten den Staat für eine Firma. Das ist ein Problem für die Demokratie.

Mitte Woche haben in Deutschland mehrere Tausend Polizisten Wohnhäuser von sogenannten Reichsbürgern und Staatsverweigerern durchsucht und 23 Personen verhaftet, darunter eine ehemalige Abgeordnete der AfD. Auch in der Schweiz machen Staatsverweigerer immer wieder Schlagzeilen. In den letzten Monaten nahmen die Berichte zu.

In der St. Galler Gemeinde Wittenbach wurden anonyme Briefe verschickt, mit der Behauptung, die Gemeinde sei bloss eine Firma. Ein ähnliches Muster tauchte in Baselbieter Gemeinden auf. Im zürcherischen Rikon und im sankt-gallischen Uznach wurden Privatschulen bewilligt, die nach Medienberichten Verbindungen zu Reichsbürgerkreisen haben. Im Thurgau wollten Corona-Gegner das Gericht nicht anerkennen.

Mühsam für Betreibungsämter

All diesen Schlagzeilen liegt dieselbe Ideologie zugrunde. Die Vorstellung, dass der Staat, der Kanton oder die Gemeinde bloss Firmen seien. Typischerweise bezahlen Staatsverweigerer keine Steuern oder Bussen und anerkennen weder die Polizei noch ein Gericht. Das spüren beispielsweise die Betreibungsämter, sagt Roger Wiesendanger, Leiter der Thurgauer Betreibungs- und Konkursämter.

Man sei sich zwar gewohnt, dass Leute eine Betreuung verweigern, aber: «Seit Corona und jetzt auch mit den Reichsbürgern hat das signifikant zugenommen», sagt er. Sie hätten pro Monat nicht eine solche Person, sondern wöchentlich gebe es Fälle. «Es ist signifikant, dass das bei den Reichsbürgern sehr, sehr häufig vorkommt», so der Amtsleiter.

Für die Ämter heisst es vor allem mehr Aufwand und zuweilen ein rauere Ton seitens der Klienten. Gewalttätige Vorfälle mit Staatsverweigerern sind bis heute in der Schweiz nicht bekannt. Das bestätigt auf Anfrage der Nachrichtendienst des Bundes NDB. Weiter äussert er sich aber nicht.

Wenn es in Zukunft eine Bewegung in diese Richtung geben sollte, dann könnte aus der radikalisierten Breite auch eine gewaltbereite Spitze entstehen. - Marko Kovic, Soziologe

Die Reichsbürger, wie sie in Deutschland auftreten, bewegen sich oft im rechtsradikalen, antisemitischen Milieu. In Deutschland gab es auch schon etliche Auseinandersetzungen. 2016 wurde ein Polizist getötet. In der Schweiz seien die Staatsverweigerer jedoch noch wenig organisiert, sagt Soziologe Marko Kovic. Das Gewaltpotenzial sei entsprechend kleiner.

Wenn es noch nicht viele Leute gebe, die an etwas glaubten, dann sei auch das Radikalisierungspotenzial noch gering. «Wenn es aber in Zukunft eine Bewegung in diese Richtung geben sollte, dann könnte aus der radikalisierten Breite auch eine gewaltbereite Spitze entstehen», sagt Kovic.

Demokratie in Gefahr

Kovic sieht in der Bewegung der Staatsverweigerer auch eine Gefahr für die Demokratie. Denn eine Demokratie ist der Wille einer Gesellschaft, eine Demokratie zu sein. Wenn sehr viele Personen diesen Grundsatz infrage stellen würden, könne das langfristig für einen Staat gefährlich werden. Allerdings sei die Schweiz derzeit noch weit entfernt von solchen Szenarien, schliesst Kovic.